

NordSüdDialogFORUM

Soziale Inklusion von Menschen mit Behinderung

Nachlese zur Veranstaltung des Parlamentarischen NordSüdDialogs
am 9. Juni 2015, Österreichisches Parlament

Die Zahl der Menschen mit Behinderung (MmB) liegt weltweit bei über einer Milliarde und ist damit deutlich höher als bisher angenommen. Rund 80% der MmB leben im Globalen Süden¹, wo Betroffene besonders benachteiligt sind und mit Vorurteilen, Marginalisierung, Stigmatisierung bis hin zur absoluten Exklusion aus der Gesellschaft zu kämpfen haben. Zugang zur Bildung oder zum Arbeitsmarkt sind deutlich erschwert und somit auch die Möglichkeit sich selber zu versorgen. Dadurch schafft Behinderung Armut oder trägt dazu bei, diese zu verfestigen.

2006 wurde die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung (Convention of the Rights of Persons with Disabilities – CRPD) verabschiedet, deren Leitgedanke die Soziale Inklusion, also die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung in allen Lebensbereichen, ist. In ihr wurde das offizielle Recht auf Selbstbestimmung, gesellschaftliche Teilhabe, Chancengleichheit und Barrierefreiheit festgeschrieben. 2008 wurde die Konvention im Österreichischen Nationalrat ratifiziert, im Jahr 2010 in der mosambikanischen Assembleia da República.

Bei der Umsetzung der Konvention sind weltweit noch zahlreiche Herausforderungen zu überwinden, wie die Erfahrung und Beispiele aus Österreich und Mosambik deutlich machen. Soziale Inklusion unterliegt oft falschen Interpretationen in allen gesellschaftlichen Be-



Im Bild links der 2. stellvertretende Parlamentspräsident Mosambiks, Hon. Younusse Amad, und daneben Gabriele Weigt vom Verein bezev, die die einleitende Keynote präsentierte. In der Mitte: Johanna Mang, Moderatorin

Foto: Bildagentur
Zolles/Godany

reichen, vor allem in seiner Abgrenzung zu Integration. Selbstbestimmtes Leben ist der fundamentale Grundsatz der UN Konvention. Dies heißt, dass Menschen mit Behinderung die gleichen Chancen und die gleiche Kontrolle über ihr Leben haben möchten wie Menschen ohne Behinderung.

Die Barrieren, die am häufigsten thematisiert werden beziehen sich auf Infrastruktur und Kommunikation. Wenig Forschung gibt es dagegen zu Kultur und Behinderung, d.h. inwiefern Verhaltensweisen und Einstellungen in einem anderen kulturellen Kontext eine Ausgrenzung bzw. Inklusion beeinflussen. Dies ist v.a. in Bezug auf Entwicklungszusammenarbeit von Relevanz.

Das Ziel des Forums am 9. Juni 2015 war der Erfahrungsaustausch in Bezug

auf die Umsetzung der UN-Konvention. In zwei Arbeitskreisen wurden einerseits die Rolle von Parlamenten zur Förderung von Sozialer Inklusion und andererseits der wichtige Zugang zu Bildung, Ausbildung und Arbeitsplätzen für MmB diskutiert.

Die Beiträge in der vorliegenden Nachlese sind Zusammenfassungen der Vorträge, aber auch zusätzliche inhaltliche Ausführungen der teilnehmenden Expert_innen. Nach einer einführenden Analyse über Soziale Inklusion wird das Thema Inklusive Bildung näher betrachtet. Die Situation für MmB in Mosambik und Österreich wird durch die Gegenüberstellung von Beiträgen von Seiten der Zivilgesellschaft und Politik beleuchtet. Die Diskussion der Arbeitskreise ist in Kästen zusammengefasst.

¹ www.un.org/disabilities/default.asp?id=18

Modell und Wirklichkeit

Gabriele Weigt, Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e.V. (bezev), Institut für inklusive Entwicklung

„Selbstbestimmtes Leben bedeutet nicht, dass wir alles selbst machen wollen oder nicht jemand anderes brauchen oder dass wir in Isolation leben möchten. Selbstbestimmtes Leben bedeutet, dass wir die gleichen Chancen und die gleiche Kontrolle über unser Leben haben wollen, wie unsere nicht-behinderten Schwestern und Brüder, Nachbarn und Freunde. Wir, Menschen mit Behinderung, sind sehr normale Menschen mit den gleichen Gefühlen dazugehören, akzeptiert und geliebt zu werden.“

Dr. Adolf Ratzka, Mitbegründer der Independent Living-Bewegung

Das Zitat von Adolf Ratzka umschreibt pointiert den fundamentalen Grundsatz der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung, gleichzeitig aber auch die Herausforderungen in Bezug auf das semantische Verständnis und die gesellschaftliche Akzeptanz von Sozialer Inklusion. Problematisch ist, dass Inklusion bislang nicht eindeutig definiert wurde und es folglich unterschiedliche Auslegungen und Akzentsetzungen in verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen, Politikbereichen und praktischen Handlungsfeldern gibt.

Menschenrechtliches und Soziales Modell von Behinderung
Inklusion ist ein Menschenrecht. Es gilt für alle, die – auch aufgrund anderer Merkmale wie z.B. Hautfarbe – nicht voll und gleichberechtigt an allen Bereichen der Gesellschaft teilhaben können. Kein Mensch darf ausgeschlossen, ausgegrenzt oder an den Rand gedrängt werden. Ziel ist es, dass Menschen mit

INTEGRATION

„Eingliedern“

Fügt vorher Getrenntes wieder zusammen.
Gemeinsam aber nebeneinander.



INKLUSION

„Einschließen“

Alle gemeinsam.
Die Struktur passt sich den individuellen Bedürfnissen an.



Inklusion ist nicht gleich Integration – die Vielfalt der Menschen muss berücksichtigt werden und der Kreis passt sich dem an!

Quelle: http://wiki.bildungsserver.de/bilder/upload/Schritte_zur_Inklusion_RobertAehnelt_bearbeitet1.png

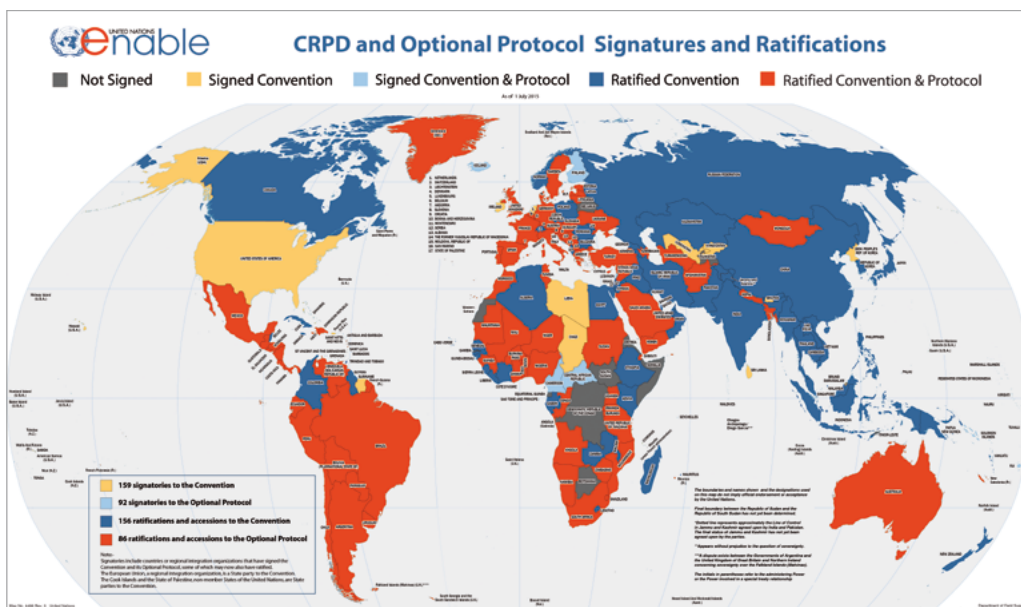
Behinderung gleichberechtigt mit anderen wirksam und umfassend am politischen und gesellschaftlichen Leben teilhaben können. In diesem Zusammenhang hat der Inklusionsbegriff einen deutlich normativen Charakter.

Beim Sozialen Modell von Behinderung entsteht Behinderung erst durch physische, kommunikative, informative Barrieren, aber auch durch Politiken, Strukturen oder Einstellungen. Kurz zusammengefasst besagt dieses Modell

„Behindert ist man nicht, behindert wird man.“

Kultur und Partizipation von Menschen mit Behinderung

Die Einstellungen und das Verhalten einer Gesellschaft sind kulturell geprägt und hängen von den jeweiligen Werten und Normen ab. Diese können nicht nur zwischen einzelnen Ländern, sondern auch innerhalb dieser verschieden sein. Die Reaktionsweisen auf Menschen mit Beeinträchtigung sind folglich sehr unterschiedlich und umfassen sowohl negative Verhaltensmuster wie Vernachlässigung, Ablehnung, Ausstoßung aus der Gesellschaft bis hin zu positiven Merkmalen wie Anerkennung, Akzeptanz und gleichberechtigte Teilhabe. Die Relevanz der lokalen Kultur in Bezug auf die Prägung der Einstellung/ des Verhaltens gegenüber Menschen mit Behinderung wird als Barriere für Soziale Inklusion unzureichend thematisiert, sollte jedoch konsequenterweise bei Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit bedacht werden.



Welche Staaten haben die CRPD bislang ratifiziert.

Quelle: www.un.org/disabilities/documents/maps/enabemap.jpg

Inklusive Bildung aus einer globalen Perspektive: “Same Same but Different”

Margarita Schiemer², Institut für Bildungswissenschaft, Universität Wien

Mit Blick auf Entwicklung nimmt Bildung eine wesentliche Rolle ein. Dabei ist es wichtig festzustellen, dass sie kein Allheilmittel ist, jedoch wesentlich zur Verbesserung von Lebensumständen (z.B. im Berufsleben) und zur gesteigerten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben beitragen kann. Die UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung hält in diesem Kontext in Artikel 24 fest: „State Parties shall ensure an inclusive education system at all levels and lifelong learning [...]“ (UN 2006, S. 16).

Es gibt kein Rezept für inklusive Bildung, das auf der ganzen Welt in allen Schulen einheitlich umsetzbar wäre. Und das ist gut so. Schließlich geht es bei inklusiver Bildung darum, Menschen mit unterschiedlichen Bedürfnissen – und dabei sind nicht nur Menschen mit Behinderung gemeint – Möglichkeiten zu eröffnen, am Leben in einer Gesellschaft teilzuhaben, die durch eine gewisse historische Entwicklung und Traditionen geprägt ist und die eine (sich stetig wandelnde) Kultur und Sprache und noch vieles mehr an unterschiedlichen Einflussfaktoren mit sich bringt.

Dennoch ist festzuhalten, dass die Idee inklusiver Bildung gewisse universelle Grundaspekte enthält. Die UNESCO definiert inklusive Bildung z.B. aus einer internationalen Perspektive als eine Reform, die Diversität bei allen Lernenden unterstützt und willkommen heißt (2001). Bildung trägt konsequenterweise dazu bei, dass wir uns, unseren Fähigkeiten und Möglichkeiten entsprechend, als wertvolle Mitglieder an der Gesellschaft beteiligen können. Die Bedeutung, ein wertvolles Mitglied der Gesellschaft werden zu können, wurde z.B. im Forschungsprojekt CLASDISA³ der Universität Wien im Bezug auf Äthiopien deutlich. In Addis Abeba erachteten Kinder mit Behinderung die Möglichkeit, eine Schule besuchen zu können, oft als die einzige Möglichkeit ein aktiv gestaltendes und mitwirkendes

(und dadurch auch wertvolles) Mitglied der Gesellschaft werden zu können. Die Kernkategorie „developing a sense of belonging“ illustrierte die Auswirkungen der Bildungsmöglichkeiten auf die Erwartungshaltungen der Kinder. Die Entwicklung eines Zugehörigkeitsgefühls war dabei zentral (Schiemer 2014). Hier ist allerdings nicht die Rede von gelungener inklusiver Bildung, sondern lediglich von möglichem Schulbesuch in Sonderklassen und -schulen oder integriert in Regelklassen.

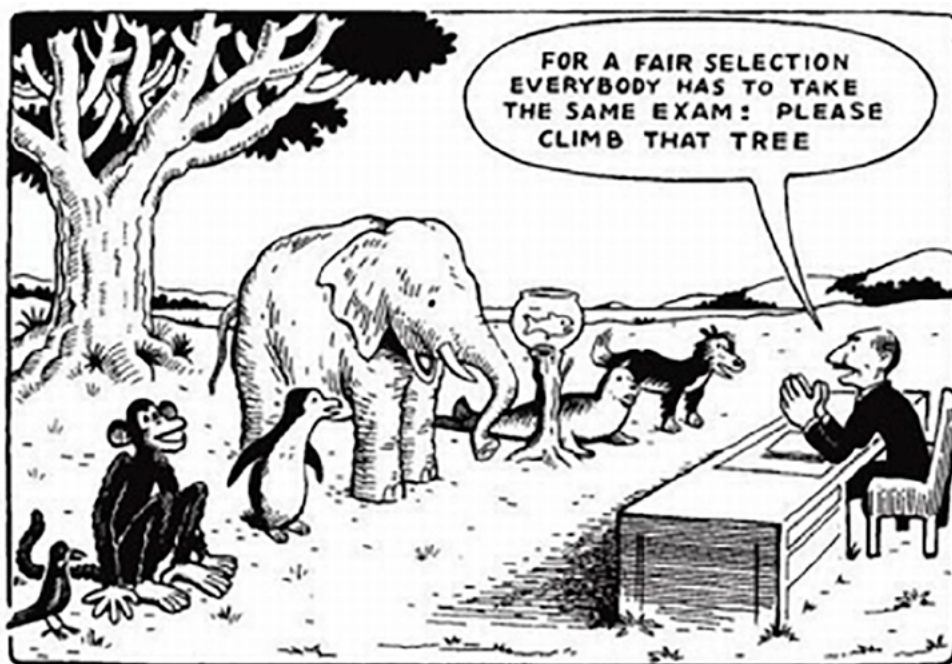
Um einen möglichen Schulbesuch auch in einen erfolgreichen Schulabschluss umwandeln und die darauf folgende gesteigerte Möglichkeit der Teilhabe an der Gesellschaft umsetzen zu können, bedarf es einer Form von Bildung, die auf die Kinder eingeht (z.B. eingebettet in eine konkrete Gemeinschaft und Umwelt). Aufgrund der globalen gesellschaftlichen und individuellen Vielfalt ist es kontraproduktiv, (Schul-)Bildung so zu verstehen, dass alle dieselben In-

halte in derselben Geschwindigkeit und mit denselben Ergebnissen erlernen sollen, ohne Rücksicht auf die unterschiedlichen Fähigkeiten die wir mitbringen und die unterschiedlichen Umgebungen, in denen wir aufwachsen und leben.

Es gilt zu beachten, dass inklusive Bildung immer kultursensibel und auf Basis der jeweiligen gesellschaftlichen Gegebenheiten umgesetzt werden muss. Diese Grunderkenntnisse sollten von den politischen Entscheidungsträger_innen in der Bildungspolitik bewusst berücksichtigt werden, genauso wie in der Erarbeitung von Programmen der Entwicklungszusammenarbeit.

Literatur:

Schiemer, M. (2014): Developing a Sense of Belonging: A Study on the Impact of Environmental Factors Regarding Education for Children with Disabilities in Addis Ababa, Ethiopia. PhD thesis, University of Vienna
UN (2006): UN-Convention on the Rights of Persons with Disabilities and Optional Protocol.
UNESCO (2001): The Open File on Inclusive Education. UNESCO, Paris



Quelle: <https://rlpearson67.files.wordpress.com/2013/08/for-a-fair-selection-everybody-has-to-take-the-same-exam-please-climb-that-tree.jpg?w=372&h=260>

² Moderatorin des Arbeitskreises 2

³ Projektnummer 22178, finanziert vom österreichischen Wissenschaftsfonds (FWF)

Persons with Disabilities in Mozambique

Rui Maquene, Fórum das Associações Moçambicanas dos Deficientes (FAMOD)⁴ and Jorge Manhique (Human Rights activist and former project officer of FAMOD)

There is no agreement on the exact figures regarding persons with disabilities (PwD) in Mozambique. Studies have indicated that more than two thirds of the persons with disabilities live in rural areas (79,3%). Disability and poverty are intrinsically connected, i.e. disabled people in Mozambique are more disadvantaged economically than the rest of the Mozambican population.

In the whole country, the practice of marginalization, stigma, prejudice, and violation of human rights of persons with disabilities is deep-rooted in society. Among communities in Mozambique, there is the perception that disabilities are a result of witchcraft, dissatisfaction

or incarnation of an ancestor. Structural issues, such as distance to the birth registration services, the cost of the services impact disproportionately on PwD.

Mozambique ratified the United Nations Convention on the Rights of Persons with Disabilities (UNCRPD) and its Optional Protocol in October 2010. The first Country report was scheduled for January 2014, but has not been submitted so far. The rights of persons with disabilities are established in several articles of the constitution and corresponding policies that aim at defining the forms of intervention by the government and civil society necessary to guarantee the active participation of

persons with disabilities in the development process of Mozambican society.

Although there are commendable laws and policies, they produce limited impact on the lives of persons with disabilities. For instance, monitoring activities carried out by FAMOD show that new public buildings are constructed without observance of accessibility standards set out in the Accessibility Decree. Astonishingly even the parliament is not accessible for PwD.

A number of factors contribute to this lack of implementation. Among other are the lack of effective enforcement and monitoring mechanisms, associated

Die Arbeitskreise des NordSüdDialogFORUM

Ein umfassendes Protokoll der Arbeitskreise ist unter www.nordsueddialog.org (Österreich/Veranstaltungen) zu finden.

Arbeitskreis – Zugang zu Bildung, Ausbildung und Arbeitsplätzen

Zu Beginn des Arbeitskreises berichtete der Menschenrechtsaktivist Jorge Manhique über die Situation in seinem Land. In Mosambik existiert eine teils sehr progressive Gesetzgebung in Bezug auf Menschen mit Behinderung (MmB). Die Probleme entstehen durch die unzureichende Umsetzung der gesetzlichen Maßnahmen und Strategien durch die jeweiligen Ministerien und Behörden, sowie durch fehlende personelle und finanzielle Ressourcen, mangelhaftes Monitoring in Bezug auf die Umsetzung der ratifizierten UN-CRPD und fehlendes Verständnis des Begriffs Inklusion. Dies bezieht sich auch auf den Bereich Bildung. Aufgrund der fehlenden Unterstützung durch den Staat korreliert in Mosambik die Behinderung eines Familienmitglieds stark mit Armut, da es zu zusätzlichen zeitlichen und finanziellen Belastungen kommt. Es stellt sich etwa die Frage, ob Eltern arbeiten oder ihr Kind mit Behinderung zur Schule begleiten. Für die Mehrheit der Kinder mit Behinderung ist unter diesen Umständen ein ordentlicher Schulbesuch Utopie.

Alle Teilnehmer_innen unterstützten die Ansicht, dass inklusive Bildung absolut essentiell für eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft sei, dass es diesbezüglich aber weltweit Aufholbedarf gibt. Best Practice Beispiele konnten seitens der Expertin, Gabriele Weigt, keine genannt werden – zu divers seien die Probleme in einzelnen Ländern, beginnend mit einem unzureichenden Verständnis des Unterschieds zwischen Integration und Inklusion. Auch seien bestehende (föderale) Strukturen in der Bildung und Ausbildung oft sehr starr und politisch heikel. Dies betrifft auch notwendige Reformen in der Lehrer_innenausbildung. Es gibt zahlreiche Unterstützung für MmB in einzelnen Bereichen, bspw. Beschriftungen in Braille oder Gebärdensprachdolmetsch, aber keine inklusive Bildung und Ausbildung. Der billigste Weg von Inklusion ist jener, seine eigene Einstellung zu hinterfragen und gegebenenfalls zu ändern! Davon würden alle Menschen profitieren.



Gabriele Weigt (links im Vordergrund) und Jorge Manhique (Bildmitte) waren die Expert_innen des Arbeitskreises zu Bildung; im Bildhintergrund (stehend) die Moderatorin Margarita Schiemer.
Foto: Bildagentur Zoller/GoDany.

⁴FAMOD was established in 1999/2000 as an umbrella organization of NGOs working in the field of supporting persons with disabilities and is presently composed of 18 NGOs.

with inadequate resources (human, material and financial). Additionally, many legal and policy instruments are based on the medical model of disability and are not in line with the spirit of the UN-CRPD, therefore demanding reform.

In supporting the implementation of the UN-CRPD in Mozambique it is important to support initiatives of domestication/harmonization of domestic law. In doing so, specific areas seem relevant: The right to legal capacity (article 12) entitles a person to full protection of his or her rights by the legal system and thus is a precondition to access education, to open bank accounts, enter into contracts, to create a family, to vote and participate in political life, among others. However, even if the right to legal capacity is recognized for persons with disabilities, physical, social, and technological barriers will still restrict their enjoyment of rights. Thus, ensuring that PwD have access to built environment, information and communication technology is seen as crucial.

The parliament is a key actor in ensuring that the rights of persons with disabilities are respected. However the capacity of the parliament is in general



weak, particularly concerning issues of disability and human rights. The legislative production is also poor compared with the executive branch. Likewise, initiatives by civil society to hold government accountable for delivery services, provide support and protection of the rights of persons with disabilities, are in general weak at best, particularly at provincial and local levels. Civil society organizations lack evidence for advocacy for policy and law reform. Their tech-

nical capacity and understanding of the human rights issues from a disability perspective are limited.

Hence, there is an urgent need of capacity building which should focus on the UN-CRPD, advocacy for law and policy reform, and which should also be extended to policy and law makers which include the parliament, the National Human Right Commission and the judicial branch.

Der barrierefreie Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln ist in Mosambik immer noch ein großes Hindernis für Menschen mit Behinderung.

Foto: www.facebook.com/FAMOD.MOZ/photos

The gap between law and reality

Hon. Younusse Amad, Second vice president of the Parliament of Mozambique

In Mozambique, the rights of persons with disabilities are constitutionally established. Article 35 of the constitution states that all citizens are equal before the law, and they shall enjoy the same rights and be subject to the same duties. Article 37 is particularly devoted to persons with disabilities, and states that “disabled citizens shall enjoy fully the rights enshrined in the constitution and shall be subject to the same duties, except those which their disability prevents them from exercising or fulfilling”. Article 15 provides special protection for those citizens who became disabled as a result of the national liberation struggle.

Further, the constitution emanates the commitment of the state to promote a policy to ensure:

- a) the rehabilitation and integration of the disabled;
- b) the creation of appropriate conditions to prevent them from becoming socially isolated and marginalized;
- c) priority treatment of disabled citizens by public and private services; and
- d) easy access to public places.

Several National Action Plans for the implementation of the principles were adopted in the past. The institutional framework, as the legal framework, has a specific responsibility to mainstream disability. The Ministry of Gender, Children and Social Welfare is supposed to have a leading role of ensuring the coordination of a whole set of actions dedicated to the field of disability. It has, anyway, a special adviser to the field of

disability and a Department of Affairs of Persons with Disabilities.

However, the major problem is the gap between the existing law and its implementation. The real situation of persons with disabilities and their living conditions is not well known due to lack of credible statistics and studies. There is no control body that monitors the implementation and evaluates progress. Also, there is a lack of political will to change the situation of persons with disabilities and effectively implement the existing laws and policies. Indeed existing policies are not designed by the government regarding the actual situation and characteristics of the disability phenomena in Mozambique. These policies are simply copy and paste

from the international regulations such as the African Decade for Persons with Disabilities Plan. Most of government officials don't really know about the constitutional provisions and the UN-CRPD and the respective implications. As result, other institutions such as parliament, the judiciary, academics and the general public have no basic knowledge on persons with disabilities and disability issues. Also, there is a lack of human and financial resources. However, some laws and measures could be easily implemented with limited resources, e.g. to only issue building permissions if the building plan shows measures to make the building accessible for persons with disabilities.

The government points out the following main challenges:

- Negative attitudes by families, communities and society in general, for persons with disabilities who contribute to their social exclusion and discrimination;

- The shortage of trained human resources and of financial and material resources to fully implement actions;
- The need to improve the participation of different actors;
- The need to establish a collection and systematization of information in the area of disability and the establishment of a monitoring and evaluation mechanism system;
- The need that organizations of persons with disabilities have some level of power in decision-making.

Another challenge is the centralized state structure. It is difficult to decide in Maputo what people for example in the North need. Thus, decentralization would be an important instrument to reach people in the provinces and districts and make services for persons with disabilities easily available. Locality is important, because local people know the culture, language, tradition and are thus able to draft and implement specific measures. Also, with more

autonomy the resources could be better allocated and controlled by the local and provincial levels. At least one rehabilitation centre per province should be established.

Also members of parliament are in need of training and awareness in dealing with legislation in the disability sector to be able to critically evaluate policy implementation. Many of the current laws that have significant gaps in relation to the challenges of persons with disabilities have passed parliament. Apart from technical trainings there need to be forums for dialogue between the executive and legislative branches, judiciary, civil society, academics and private sector to ensure positioning and multi-faceted policies.

In conclusion, Mozambique is a paradise of policies and laws favorable to persons with disabilities, but in reality it fails to provide for children, elderly, women and men with disabilities.

Arbeitskreis – Zugang zu politischen Entscheidungsprozessen – Rolle von Parlamenten zur Förderung von Sozialer Inklusion

Younusse Amad, 2. stellvertretender Parlamentspräsident von Mosambik, sprach in seinen einleitenden Worten über die zwei größten Herausforderungen in Mosambik, einerseits das fehlende Einklagerecht von MmB und andererseits die Unkenntnis über die Rechtslage aufgrund der hohen Analphabetenrate. Rui Maquene (FAMOD) fügte hinzu, dass die budgetären Mittel des Ministeriums für Frauen, das für die Umsetzung und das Monitoring der Gesetze zuständig ist, unzureichend sind. Hinsichtlich der Frage, wie das österreichische Parlament den Prozess der Umsetzung nachhaltig unterstützen könnte, schlug die Behindertensprecherin Abg.z.NR Ulrike Königsberger-Ludwig vor, dass die Behindertenagenden in die Klubs übertragen werden sollen. Andere Teilnehmer_innen sprachen von der Notwendigkeit eines ressortübergreifenden Disability Mainstreamings und vom Nationalen Aktionsplan (NAP) als geeignetes Instrument für die landesweite Umsetzung. Zum NAP gäbe es auch eine Begleitgruppe, die alle Ressorts umfasse. Auch die Zivilgesellschaft als solche stelle einen wichtigen Kontrollmechanismus dar, beispielsweise für die Umsetzung der UN-CRPD. Hinsichtlich des barrierefreien Zugangs zum Recht, der in Österreich fest geschrieben ist (der Anspruch auf Barrierefreiheit gilt ab 2016), wurde auf das Risiko der unterschiedlichen Auslegung hingewiesen, weshalb Bewusstseinsbildung wichtig ist. Durch Disability Budgeting kann eine Folgeabschätzung der geplanten Maßnahmen auf MmB bei der Budgetplanung getätigt werden. Neben den unterschiedlichen geschlechtsspezifischen Auswirkungen (Gender Budgeting) wäre es wünschenswert, auf alle Vulnerabilitäten zu achten und dafür Indikatoren zu entwickeln.



Rui Maquene und Younusse Amad (links) standen Rede und Antwort zum Thema politische Entscheidungsprozesse; rechts neben ihnen die Moderator_innen des Arbeitskreises, Martin Ladstätter und Magdalena Scharl. Foto: Bildagentur Zoller/Godany.

Angesichts der Tatsache, dass ein beträchtlicher Teil des mosambikanischen Budgets von ausländischen Gebern stammt, wurde die Frage aufgeworfen, inwiefern die Geberländer – beispielsweise durch die Formulierung von Konditionalitäten – Einfluss auf die Umsetzung der Gesetze für MmB nehmen können. Dies würde jedoch laut ADA dem Prinzip der Ownership widersprechen. Denkbar ist hingegen die Unterstützung der Zivilgesellschaft und selbstorganisierter Gruppen, die Maßnahmen für MmB einfordern können.

Umsetzung der UN-CRPD in Österreich sehr mangelhaft

Magdalena Scharl und Martin Ladstätter⁵, BIZEPS – Zentrum für Selbstbestimmtes Leben

Die 2006 verabschiedete UN-CRPD wurde 2007 von Österreich unterzeichnet und im Jahr darauf ratifiziert. Sie ist damit gültiges Recht. Sie hat für Menschen mit Behinderungen insofern große Bedeutung, weil sie sich auf diese berufen können. Die UN-Konvention ist ein völkerrechtlich verankerter Vertrag, der in nationales Recht umgesetzt werden muss. Und genau hier besteht noch viel Handlungsbedarf. Das sagen nicht nur Menschen mit Behinderung und ihre Organisationen, das zeigte auch die erste Staatenprüfung Österreichs des zuständigen UN-Ausschusses im September 2013 auf.

Selbstbestimmt Leben mit Persönlicher Assistenz (PA)

In der Konvention ist festgeschrieben, dass Menschen mit Behinderung nicht gezwungen sein dürfen, in speziellen Einrichtungen zu leben. Dennoch ist der Anteil von Menschen mit Behinderung, die in Einrichtungen leben müssen, in den letzten 20 Jahren gestiegen. PA fällt so wie viele andere Leistungen für Menschen mit Behinderung in den Zuständigkeitsbereich der Länder. Es ist derzeit von der Art der Behinderung und vom Wohnort abhängig, ob die Leistung gewährt wird. Meist besteht kein Rechtsanspruch.

Barrierefreiheit

Barrierefreiheit fällt ebenfalls fast ausschließlich in den Verantwortungsbereich der Länder, wodurch es unterschiedliche Rahmenbedingungen gibt. Im städtischen Bereich gab es einige Fortschritte, der ländliche Bereich ist hingegen nach wie vor benachteiligt. Als einziges Rechtsmittel können Schadenersatzansprüche geltend gemacht werden. Es besteht keinerlei Anspruch auf Beseitigung einer Barriere.

Bildung

Die Anzahl von Kindern, die in Sonderschulen unterrichtet werden, steigt. Diese Entwicklung steht im klaren Widerspruch zur Vereinbarung, die klar fest schreibt, dass Menschen mit Behin-

derung gleichberechtigten Zugang zum Bildungssystem haben müssen. Dies betrifft alle Bildungsstufen vom Kindergarten bis zur Universität und dem lebenslangen Lernen. Bisher gibt es kaum Universitätsabsolvent_innen mit Behinderung. Es fehlt u.a. an Lehrenden mit Gebärdensprachenkenntnissen. Österreich möchte nun Modellregionen einrichten. Dies ist verwunderlich, weil es international schon viele praktische Beispiele inklusiver Bildung gibt.

Inklusion in der Entwicklungs-zusammenarbeit (EZA)

Informationen über die spezifische Berücksichtigung von Menschen mit Behinderungen in Notfallplänen fehlen nicht nur in der EZA, sondern auch im Inland. Programme der EZA müssen von der Planung bis zur Evaluierung inklusiv gestaltet sein. Zusätzliche, spezifische Programme sollen lediglich behinderungsbedingte Nachteile ausgleichen. Hier muss sich der Schwerpunkt verlagern.

Monitoring

Österreich ist verpflichtet, unter starker Einbindung der Zivilgesellschaft, flächendeckend ein unabhängiges Monitoring der Konvention zu ermöglichen. Auch wenn es Fortschritte gibt, muss doch festgehalten werden, dass 7 Jahre nach Ratifizierung der UN-CRPD noch immer Überprüfungsdefizite bestehen.

Sachwalterschaft

Hier scheint es Fortschritte zu geben. Dies ist auch dringend erforderlich, da in Österreich beinahe 60.000 Bürger_innen besachwaltet sind – die Hälfte davon in allen Lebensbereichen. Eine echte Systemänderung wird angedacht und soll zukünftig sicherstellen, dass wirklich der Wille der Person ausschlaggebend für die jeweilige Entscheidung ist.

Partizipation

Österreich hat zwar einen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention erarbeitet, die darin enthaltenen Maßnahmen sind jedoch nicht mit entsprechenden Budgets ausgestattet und er beinhaltet auch keine klar messbaren Ziele. Die Länder haben nur unregelmäßig und unzureichend an der Erstellung mitgearbeitet, nicht zuletzt waren Menschen mit Behinderungen erst sehr spät in die Verhandlungen eingebunden. Dies widerspricht klar den Grundsätzen der Konvention.

Fazit

Die UN-Konvention hat bereits viel zur Bewusstseinsänderung beigetragen. Es bedarf aber unbedingt einer raschen und konsequenten Umsetzung in der österreichischen Gesetzgebung. Nur so kann eine konkrete, positive Auswirkung auf den Alltag von Menschen mit Behinderung erzielt werden. Hier ist noch viel zu tun.



Teilnehmende
Expert_innen und
Abgeordnete des
NordSüdDialog
FORUM

Foto: Kepplinger

⁵ Moderator_innen des Arbeitskreis 1

Was möchten Sie in Bezug auf Soziale Inklusion von MmB ändern?

Antworten geben die Behindertensprecher_innen der Parlamentsklubs der SPÖ, ÖVP, FPÖ und der Grünen



Abg.z.NR Ulrike Königsberger-Ludwig

Eine inklusive Schule sollte zum Selbstverständnis unserer Gesellschaft gehören. Dies erhöht die Chancen für alle Kinder auf dem Weg in ein selbstbestimmtes Leben und schafft Verständnis für eine inklusive Gesellschaft. Zentral für Menschen mit Behinderungen ist die Teilhabe am Arbeitsmarkt. Einkommen legt den Grundstein für ein selbstbestimmtes Leben und Teilhabe am Arbeitsmarkt schafft Selbstwert. Unternehmen profitieren zudem von motivierten Mitarbeiter_innen.

Die Partizipation in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens muss auch für Menschen mit Behinderungen selbstverständlich werden: „behindert ist – wer behindert wird“. Voraussetzung dafür ist eine Ausweitung der persönlichen Assistenz auf den Freizeitbereich oder ein persönliches Budget. Inklusion bedeutet, dass gesellschaftliche Verhältnisse, die exkludieren, überwunden werden – die Gesellschaft dafür zu sensibilisieren verstehe ich als Auftrag und wichtigen Beitrag im Bereich der Politik für Menschen mit Behinderungen.

Abg.z.NR Franz-Joseph Huainigg
Mein Hauptanliegen ist es, die UN-Konvention für die Rechte von Men-

schen mit Behinderung umzusetzen. Der Schlüssel für Inklusion und gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung liegt beim gemeinsamen Besuch von Kindergarten, Schule und Universität. Eine große Herausforderung stellt die Schaffung von Arbeitsplätzen dar. Arbeit bedeutet nicht nur Geld, sondern auch das Gefühl, gebraucht zu werden. Hilfsmittel wie ein Rollstuhl, Schienen, Beinprothesen oder Hörgerät sind kein Luxus sondern ein Menschenrecht. Familien mit behinderten Kindern benötigen eine Vielfalt an Unterstützungsangeboten um den



Alltag zu bewältigen, den Bedürfnissen des jeweiligen Kindes zu entsprechen und um einen Weg zu finden, der die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben selbstverständlich werden lässt.

Dritter Präsident des NR Norbert Hofer

Das Ergebnis der Staatenprüfung zur Umsetzung der UN-CRPD im September 2013 bestätigte die Kritik der FPÖ an der österreichischen Behindertenpolitik. Viele junge Menschen mit Behinderung müssen in Altersheimen leben weil diese Pflegeeinrichtungen zumindest barrierefrei gestaltet sind. Dort gibt es aber weder Beschäftigung noch Förderung der jungen Menschen.

Einzig mit Schwestern und Pflegern können sich die betroffenen jungen Menschen altersgemäß unterhalten.



Um es Menschen mit Behinderung zu ermöglichen, selbstbestimmt über die Art und Weise der Pflegeunterstützung entscheiden zu können, ist eine Inflationsabdeckung beim Pflegegeld das Gebot der Stunde. Mit 31.12.2015 endet zudem die Frist zur Herstellung von Barrierefreiheit. Die Fristverlängerung für Altgebäude von Ministerien bis 31.12.2019 lehnen wir ab.

Abg.z.NR Helene Jarmer

- Bundeseinheitliche Regelung für Persönliche Assistenz mit Rechtsanspruch
- Förderung der Gebärdensprache, besonders im Bereich Bildung
- Sozialversicherungsrechtliche Absicherung und Kollektivvertrag für Menschen in der Beschäftigungstherapie



Parlamentarischer
NordSüdDialog

VIDC
VIENNA INSTITUTE FOR
INTERNATIONAL DIALOGUE
AND COOPERATION

Österreichische
Entwicklungszusammenarbeit



Herausgeber und Medieninhaber:

VIDC – Vienna Institute for International Dialogue and Cooperation, Möllwaldplatz 5/3, 1040 Wien

Tel: +43-1-713 35 94, Fax: +43-1-713 35 94 73, office@vidc.org; www.vidc.org, office@nordsueddialog.org; www.nordsueddialog.org

Redaktion: Ingrid Pranger, Jutta Kepplinger

Layout/Satz: kest – strategie, kommunikation, design. Linz | www.kest.net, Druck: Direkta Druck, Linz | www.direkta.at

Dieses Dokument wurde mit finanzieller Unterstützung der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit (OEZA) und des Landes Oberösterreich erstellt. Die darin vertretenen Standpunkte geben die Ansichten der Redakteur_innen und Autor_innen wieder und stellen somit nicht die offizielle Meinung der OEZA, des Landes Oberösterreich sowie des VIDC dar.